

Tagesfragen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **27 (1935)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

wirft. Das sollte diesmal vermieden werden können, denn abgesehen von der unfruchtbaren Arbeit und von den Energien, die beim Weiterbestehen einer Kluft zwischen Volk und Parlament vergeudet würden, birgt das die erwähnten grossen Gefahren für den Fortbestand unserer Demokratie in sich.

Die Gewerkschaften haben ein Lebensinteresse an einem günstigen Ausgang der Wahlen für das arbeitende Volk, heute ganz besonders stark, wo versucht wird, den Einfluss der Arbeiterschaft zurückzudämmen und womöglich ganz auszuschalten. Daher haben sie die Pflicht, die Arbeitnehmer über die Bedeutung des kommenden Wahlkampfes in objektiver Weise aufzuklären. Je stärker der Einfluss all jener Parteien und Gruppen sein wird, die sich auf den Boden der Front der Arbeit stellen, um so besser wird es gelingen, einen gerechten Ausgleich der sozialen Interessen herbeizuführen und dem Schweizervolke seine Freiheitsrechte zu erhalten, was die wichtigsten Ziele der Gewerkschaftsbewegung sind.

Tagesfragen.

Die Abstimmung über die Totalrevision der Bundesverfassung soll angesichts ihrer grossen Bedeutung auch hier kurz kommentiert werden. Wir haben diese Abstimmung sehr begrüsst, weil sie zum ersten Mal ermöglicht hat, die demokratischen Kräfte in unserem Land mit den antidemokratischen zu messen. Freilich kam diese Trennungslinie nicht so ganz genau zustande, da eine Gruppe von Anhängern der Revision, die Jungliberalen, sich auf demokratischen Boden stellte und eine Einschränkung der Grundsätze des geistigen Liberalismus ablehnte. Man müsste also jene, die am 8. September der Parole der Jungliberalen folgten, von den übrigen Jasagern abzählen. Das lässt sich natürlich nicht durchführen, da man die Motive der Stimmenden nicht feststellen konnte. Die Ergebnisse zeigen überdies, dass es offenbar nur eine sehr kleine Zahl von Stimmberechtigten war, die den Jungliberalen Gefolgschaft leistete.

Vor der Abstimmung hiess es da und dort in der konservativen Presse, man sei sich wohl bewusst, dass die Totalrevision nicht im ersten Anlauf durchgehe, doch werde man sehr bald wieder mit einer neuen Initiative kommen. Nach der Abstimmung sind diese Stimmen verstummt. Das Ergebnis war so deutlich, dass wir vermutlich nicht so bald wieder über diese Frage abzustimmen haben. Allerdings sind auch Stimmen laut geworden aus dem Bundeshaus, man werde eventuell dazu kommen, der Bundesversammlung einen Antrag auf Totalrevision vorzulegen. Wir glauben nicht, dass einem solchen Begehren mehr Erfolg beschieden wäre. Im Gegenteil, dann könnte das Argument, das jetzt von den Be-

fürwortern eifrig ins Feld geführt wurde, die Vorlage stamme nicht von Bern, nicht einmal verwendet werden. Und wenn die katholisch-konservative Partei meint, mit einem Programmwurf, der den Wünschen aus dem Lager der Freisinnigen Rechnung trage und von dem nach rechts orientierten Teil der freisinnigen Partei akzeptiert werden könnte, ein nächstes Mal durchzudringen, so dürfte auch das eine falsche Spekulation sein. Eine Totalrevision der Bundesverfassung wird nie möglich sein ohne oder gar gegen die Arbeiterschaft.

*

Wer das Volk hinter sich hat, das wird einem besonders klar, wenn man das Abstimmungsergebnis vom 8. September vergleicht mit demjenigen vom 2. Juni. Wir möchten namentlich jene Kantone anführen, in denen die Katholisch-Konservativen einen überragenden Einfluss haben. Die Zahl der befürwortenden Stimmen für die Kriseninitiative und für die Totalrevision betragen dort:

	Zahl der Ja	
	Krisen- initiative	Total- revision
Luzern	13,431	10,658
Uri	1,868	1,534
Schwyz	4,035	2,759
Obwalden	812	1,286
Nidwalden	593	870
Zug	2,679	1,851
Freiburg	7,519	11,616
Wallis	9,370	9,262
	40,307	39,836

In diesen konservativen Domänen, in denen die K-K-Partei (mit Ausnahme von Uri und Zug) bei Wahlen eine starke absolute Mehrheit hinter sich hat, folgten nicht einmal ganz so viele Stimmberechtigte der katholisch-konservativen Parole auf Annahme der Totalrevision, wie die Kriseninitiative Ja auf sich vereinigte. In Luzern, Uri, Schwyz, Zug und Wallis erwies sich die Front der Arbeit im schärfsten Sturm sogar als stärker. Interessant sind auch die Ergebnisse einiger anderer Kantone, in denen die Reaktion eine starke Stellung besitzt.

	Zahl der Ja	
	Krisen- initiative	Total- revision
Glarus	2,282	1,261
St. Gallen	24,729	20,888
Waadt	29,845	26,760

Auch hier wesentlich mehr Ja für die Kriseninitiative als für die Totalrevision, obwohl die Parteien, die hinter der letztern standen, jedenfalls in der Waadt die Mehrheit der Wähler sonst für sich beanspruchen. Es sind in der ganzen Schweiz nur die Kantone Freiburg, Ob- und Nidwalden und Appenzell I.-Rh., wo am 8. September mehr Ja aufgebracht wurden als am 2. Juni.

Der Block der Arbeit und Demokratie hat sich nun innert verhältnismässig kurzer Zeit mehrmals in wichtigen Volksabstimmungen als festes Bollwerk bewährt. Er stand vor zwei Jahren auf gegen den Lohnabbau mit 504,000 Stimmen. Er trotzte unter den allerschwierigsten Umständen der Reaktion mit 425,000 Ja für die Kriseninitiative, und mit 512,000 Nein schlug er den Angriff der Frontisten und Konservativen auf die Bundesverfassung wuchtig zurück. Wenn auch bisher noch keine bejahende Mehrheit in die Wagschale geworfen werden konnte, so steht doch unzweifelhaft fest, dass die Gruppen der Arbeiter, Angestellten und Bauern, die hinter der Kriseninitiative standen, jede Vorlage bachab schicken können, die ihren Forderungen zuwiderläuft.

Wir haben berechnet, wie stark dieser Block in den einzelnen Kantonen ist im Verhältnis zum Gegner, indem wir das Verhältnis der annehmenden zu den verwerfenden Stimmen bei den wichtigsten Abstimmungen verglichen haben. Das Ergebnis ist ausserordentlich interessant, zeigt es doch, wo der Block der Arbeit über eine zuverlässige Mehrheit verfügt, aber auch wo er noch zu schwach ist.

In Prozent der gültigen Stimmen erklärten sich:

	für die Kriseninitiative 2. Juni 1935	gegen die Totalrevision 8. Sept. 1935	gegen das Lohnabbaugesetz 28. Mai 1933
Basel-Land	57,8	86,9	72,3
Bern	53,6	84,4	62,4
Schaffhausen	53,1	78,2	53,2
Basel-Stadt	52,7	80,9	76,7
Solothurn	50,3	68,9	66,9
Zürich	49,1	81,2	57,1
Aargau	48,0	78,1	53,8
Graubünden	47,0	67,8	52,6
Appenzell A.-Rh.	40,8	86,2	34,9
Neuenburg	40,6	70,5	48,1
Genf	38,1	55,8	58,5
Thurgau	37,3	74,3	38,6
St. Gallen	37,2	64,1	46,6
Tessin	34,5	64,2	61,9
Zug	33,9	64,8	59,5
Waadt	32,5	66,9	45,5
Wallis	31,4	44,4	43,4
Uri	29,3	59,2	76,2
Luzern	29,1	61,6	57,3
Schwyz	29,0	64,3	54,8
Glarus	26,1	79,6	41,7
Freiburg	22,0	45,1	39,9
Appenzell I.-Rh.	18,8	49,8	23,3
Obwalden	18,1	46,3	41,1
Nidwalden	17,9	56,4	40,9
Total	42,9	72,4	55,1

Die Reihenfolge der Kantone entspricht der Rangordnung nach den Ergebnissen vom 2. Juni. Es ergibt sich das interessante Bild, dass die Rangordnung am 8. September ganz ähnlich ist. Nur ist der Prozentsatz der verwerfenden Stimmen bei der Totalrevision fast durchweg um etwa 30 Prozent höher als die der Ja für die Kriseninitiative; es hat sich, entsprechend auch den Parteiparolen, eine bedeutend breitere Front der Totalrevision entgegengestellt. Auch die Abstimmung vom 28. Mai 1933 zeigt ein ähnliches Verhältnis unter den einzelnen Kantonen. Immerhin ragen dort einige Kantone, namentlich Uri, mit besonders günstigen Resultaten hervor, was besonders Umständen zu verdanken ist.

Die an der Spitze stehenden Kantone Basel-Land, Bern, Schaffhausen, Basel-Stadt und Solothurn haben bei allen diesen Abstimmungen der Parole der Front der Arbeit Gefolgschaft geleistet und sich als zuverlässige Stützen der Parole «Für Arbeit und Demokratie» erwiesen. In einigen andern Kantonen, namentlich Zürich, Aargau und Graubünden, ist man nahezu an dieser Mehrheit, und es sollte dort bei weiterer intensiver Werbetätigkeit möglich sein, in nächster Zukunft die Mehrheit der Stimmberechtigten auch für eine annehmende Parole zu erlangen.

Wir empfehlen diese Tabelle den kantonalen Organisationen zum eingehenden Studium.

Fabriken oder Kolonien?

Von H a n s S c h u m a n n.

Das Kolonialproblem ist durch den italienisch-abessinischen Konflikt plötzlich in den Vordergrund gerückt worden. Der Wunsch, reiche Kolonien zu besitzen, hat die seefahrenden Nationen schon immer mächtig angespornt und zahlreiche Kriege, Feldzüge und Feindschaften im Gefolge gehabt. Die Jagd nach Kolonien war Ursache oder Begleiterscheinung des Imperialismus, von dem wir glaubten, dass er mit dem Weltkrieg endgültig überwunden oder doch wenigstens in andere Bahnen gedrängt worden sei. Der in Vorbereitung befindliche Feldzug Italiens gegen Abessinien lässt das Problem der Neuverteilung der Erde wieder sehr scharf hervortreten. Seit der Herrschaft Mussolinis ist die Notwendigkeit der Geburtensteigerung in Italien mit aller Strenge und der üblichen Propaganda hervorgehoben und betont worden. Die Folge davon war, dass dieses tief religiöse Volk sehr gewachsen ist und dass bedeutend mehr Menschen auf dem gleichen Raum sich ernähren müssen. Mussolini, der der Treiber der Geburtensteigerung war, ist jetzt der Rufer im Streite über das Problem «Volk ohne Raum». Und den gleichen Ruf nach Raumschaffung für ein wachsendes Volk erhebt man in Deutschland, in Japan und